



Wahlen
Nidwalden
4. März

Die Regierungsratskandidaten lassen sich auf den Zahn fühlen

Nidwalden Neun wollen in die Regierung, Platz hat es nur für sieben. Am Podium unserer Zeitung versuchten die fünf bisherigen und vier neuen Kandidaten, beim Publikum Punkte zu sammeln. Auch einer der Neuen hat damit schon Erfahrung.

«Ich habe das Gefühl, dass ich das Gespräch mit den Leuten gefunden habe.»

Conrad Wagner
Grüne

«Ich habe Leidenschaft und Herzblut für den Kanton Nidwalden, in dem sich seit 27 Jahren wohnen darf.»

Michèle Blöchliger
SVP

«Ich bin keiner Branche und keiner Altersgruppe verpflichtet, habe Führungserfahrung.»

Joe Christen
FDP

«Wir müssen günstigen Wohnraum schaffen. Wir könnten im Kanton mehr bauen, wenn es weniger Einsprachen oder weniger rote Zonen gäbe.»

Niklaus Reinhard
FDP



Sie sind die neuen Kandidaten für den Nidwaldner Regierungsrat (von links): Joe Christen (FDP, Stans), Niklaus Reinhard (FDP, Hergiswil), Michèle Blöchliger (SVP, Hergiswil) und Conrad Wagner (Grüne, Stans).

Matthias Piazza
matthias.piazza@nidwaldnerzeitung

Wen soll ich am 4. März in die Regierung wählen? Diese Frage dürfte sich mancher Nidwaldner stellen, der die Wahlunterlagen studiert hat. Sah es eine Zeit lang nach stillen Wahlen aus, kämpfen nun neun Kandidaten um die sieben Sitze. Nachdem die FDP beschloss, mit Joe Christen und Niklaus Reinhard mit zwei neuen Kandidaten ins Rennen für den freierwerbenden Sitz von Yvonne von Deschwanden (FDP) zu steigen, will auch Conrad Wagner (58) von den Grünen den Sprung in die Regierung schaffen – in seinem dritten Anlauf allerdings ohne die offizielle Unterstützung seiner Partei. Michèle Blöchliger soll den SVP-Sitz des zurücktretenden Ueli Amstad halten.

Rund 150 Leute nahmen am Montagabend die Gelegenheit wahr, die Kandidaten im Kollegisaaal am Podium unserer Zeitung live zu erleben. «Ich würde am liebsten die Landwirtschafts-, Umwelt- und Energiedirektion übernehmen. Beim Elektrizitätswerk Nidwalden stehen einige Entscheidungen ins Haus, die Strommarktliberalisierung kommt auf uns zu», antwortete der Stanser Conrad Wagner auf die Frage nach seinem Lieblingsdepartement. Als Bauernsohn habe er auch einen Bezug zur Landwirtschaft. Von Markus von Rotz, Gesprächsleiter und Redaktionsleiter der «Nidwaldner Zeitung», auf die Wahlchancen angesprochen, gab sich der Mobilitätsplaner, gerade zurück von der Stammtischtour in Emmetten, zuversichtlich. 20 Personen hätten sich dort eingefunden. «Ich habe das Gefühl, dass ich das Gespräch mit den Leuten gefunden habe.» Immer wieder habe er die Aussage gehört, «jetzt bist du einer von uns». Vor zwei und vier Jahren war er den Regierungskandidaten deutlich unterlegen. Doch diesmal, ohne die offizielle Unterstützung der Grünen, sei die Ausgangslage anders. «Ich bin jetzt für das ganze politische Spektrum wählbar. Ich stehe für die Vielfalt ein und kenne die politische Arena sehr gut», hol-

te der 58-jährige Stanser, der seit 2006 dem Landrat angehört, zur Eigenwerbung aus.

Ob Hergiswil nicht ein Übergewicht hätte, fragte Markus von Rotz die SVP-Kandidatin Michèle Blöchliger (50). Denn sollten sie und Niklaus Reinhard (FDP) gewählt werden, würde Hergiswil zwei der sieben Regierungsräte stellen, zudem mit Hans Wicki den Ständerat und mit Peter Keller den Nationalrat. «Einen oder zwei Hergiswiler erträgt es. Zudem ist es nicht eine Frage nach zu viel oder zu wenig», antwortete sie und wies darauf hin, dass auch einmal Stans übermässig stark vertreten gewesen sei. Die aktuelle Landratspräsidentin gehört dem Parlament seit fast 16 Jahren an. Politische Exekutivenerfahrung hat sie nicht. «Führungserfahrung sammelte ich bei einer Grossbank, ich leitete Abteilungen mit bis zu 40 Leuten.» Auch als Juristin habe sie einen Bezug zur Landwirtschaft, «auch, wenn ich nicht so viel Kuhmist an den Stiefeln habe». Sie wohne in Hergiswil mit Landwirtschaftsbetrieben in der Nachbarschaft. «Bei den benachbarten Bauernhöfen hole ich Milch und Eier», erzählte sie, als es um die Frage der Departementszuteilung ging. «Mit der Erfahrung als Landrätin und der Führungserfahrung in der Privatwirtschaft bringe ich die notwendigen Kompetenzen für das Amt als Regierungsrätin mit. Ich habe Leidenschaft und Herzblut für den Kanton Nidwalden, in dem ich seit 27 Jahren wohnen darf», lautete der Werbeslogan der Hergiswilerin mit unüberhörbaren Basler Wurzeln.

«Im Bereich Gesundheit haben wir grossen Handlungsbedarf»

«Sie treten quasi gegen Ihren eigenen Chef an. Ist das nicht etwas frech?», fragte Markus von Rotz den FDP-Kandidaten Joe Christen, der beim Kanton Nidwalden für den Landerwerb zuständig und damit CVP-Baudirektor Josef Niederberger unterstellt ist. «Es ist mutig, aber nicht frech», antwortete Joe Christen. Mit dem Rücktritt von Yvonne von De-

schwanden (FDP) wird die Gesundheits- und Sozialdirektion vakant, vorausgesetzt, es gibt keine Rochaden. Christen sprach von einem Wunschdepartement. «Im Bereich Gesundheit und Soziales haben wir einen grossen Handlungsbedarf. Da geht es nicht bloss um Zahlen, da geht es um wesentlich mehr. Es würde mich reizen, die gut geleistete Arbeit weiterzuführen.» Auch mit dem Spitalverbund mit Luzern sei man auf dem richtigen Weg. «Ich bin keiner Branche und keiner Altersgruppe verpflichtet, habe Führungserfahrung. Als Ur-Nidwaldner lohnt es sich, sich mit jeder Faser für den Kanton einzusetzen», hob der 53-jährige Stanser Vizemeindepäsident seine Vorzüge hervor.

Privat wurde es beim zweiten FDP-Regierungskandidat Niklaus Reinhard (53), der mit der Matura Vater wurde. «Würden Sie die Erfahrung weiterempfehlen?», lautete die Frage des Diskussionsleiters. «Es ist sicher nicht zu empfehlen, aber eine gute Lebensschule», so die Antwort. Seine Motivation, nach acht Jahren im Landrat in die Regierung zu wechseln, beschrieb der Hergiswiler Inhaber eines Architekturbüros so: «Mit meiner Leidenschaft und Freude will ich mich für den Kanton einsetzen. Dies mit meinem Rucksack an Erfahrung in der Politik, im Kulturellen und in Vereinen, sei es etwa im Engagement um den Erhalt der Kleinschienen.»

Verkleinerung der Regierung: Idee kommt schlecht an

Möglicherweise wird dieses Jahr letztmals eine siebenköpfige Regierung gewählt. Es ist ein Vorstoss hängt, der wieder einmal eine Verkleinerung verlangt. «Das Volk hat sich damals an der Abstimmung für sieben Regierungsräte entschieden. Gegenüber heute hat sich nichts geändert», begründete Michèle Blöchliger ihre Haltung zum Status quo. Sie sprach damit die SVP-Initiative zur Verkleinerung von sieben auf fünf Regierungsräte an, die 2005 mit rund 60 Prozent an der Urne verworfen worden war.

Auch Joe Christen will am heutigen Modell festhalten. «Die Qualität der Entscheidungen ist bei einem Siebner-Gremium besser. Dass man mit einer kleineren Regierung sparen kann, ist eine Illusion.» Für Conrad Wagner fehlt der Leidensdruck für eine Systemänderung. «Wir müssen nicht nach weiteren Themen suchen», die politische Agenda sei genug gefüllt. Zudem befürchtet er, dass bei einer kleineren Regierung der Austausch mit der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet sei.

«Ich stimme Nein, aber es knurrt im Magen»

Kontroverser äusserten sich die Kandidaten zur nationalen No-Billag-Initiative, über die am 4. März abgestimmt wird. Michèle Blöchliger ist, wie ihre Partei, für ein Ja, insbesondere, weil mit der bestehenden Regelung künftig auch die Betriebe mit einem Jahresumsatz ab 500 000 Franken jährlich zahlen müssten. «Medien und Informationen sollen nicht von wirtschaftstreibenden Unternehmen vorgefiltert werden», begründete Joe Christen seine ablehnende Haltung zur Initiative. Für Conrad Wagner braucht die SRG eine Reform. Doch gehe die Initiative zu weit. «Ich will das System nicht zerstören lassen.» Auch Niklaus Reinhard hat eine differenzierte Haltung dazu. «Ich stimme Nein, aber es knurrt im Magen. Den Unterhaltungsbedarf darf man sicher hinterfragen.»

Das Publikum interessierte sich allerdings mehr für Fragen im eigenen Kanton. So lagen einer Studentin aus Stans vor allem die teuren Wohnungen auf dem Magen. «Wir müssen günstigen Wohnraum schaffen. Wir könnten im Kanton bauen, wenn es weniger Einsprachen oder weniger rote Zonen gäbe», merkte Niklaus Reinhard an. Joe Christen erzählte von hohen Ansprüchen im Siedlungsleitbild. «Wir haben genug eingezontes Land, nur nicht dort, wo man es braucht.» Und Conrad Wagner sieht die Lösung in neuen Wohnformen und kleineren Wohnungen.



Diese fünf Regierungsräte treten am 4. März für eine weitere Legislatur an (von links): Res Schmid (SVP, Emmetten), Othmar Filliger (CVP, Stans), Karin Kayser (CVP, Oberdorf), Josef Niederberger (CVP, Oberdorf) und Alfred Bossard (FDP, Buochs). Bilder: Urs Flüeler/Keystone (Stans, 19. Februar 2018)

«Wir haben in der Regierung abgemacht, dass wir uns zur No-Billag-Initiative nicht äussern.»

Res Schmid
SVP

«Kreative Ideen sind gefragt, auch von Tourismusanbietern.»

Karin Kayser
CVP

«Die Fachleute sollen entscheiden, was wichtig für die Armee ist.»

Alfred Bossard
FDP

«Wollte man das Öffentlichkeitsprinzip anwenden, kämen viele Fragen der Umsetzung auf uns zu.»

Othmar Filliger
CVP

«Was mit dem jetzigen System veröffentlicht wird, ist öffentlich genug.»

Josef Niederberger
CVP

Sprüche des Abends

«In Solothurn besuchen nie Bürger die öffentlichen Regierungsratssitzungen. Und wenn mal jemand kommt, jassen die Regierungsräte. Dann ist Schluss mit den heiklen Geschäften.»

CVP-Regierungsrat Othmar Filliger ist vom Solothurner Öffentlichkeitsprinzip nicht so begeistert, wie er mit einer nicht ganz ernst gemeinten Beschreibung zu verstehen gab.

«Im Gegensatz zu den Regierungsräten haben wir uns nicht abgesprochen.»

SVP-Regierungsratskandidatin Michèle Blöchliger hatte kein Problem, ihre Haltung zur No-Billag-Initiative kundzutun. Die bisherigen Regierungsräte hatten in dieser Frage Stillschweigen vereinbart.

«Es kamen auch viele Dunkelgrüne.»

Der Grüne-Kandidat Conrad Wagner erzählte von seinen parteiübergreifenden Begegnungen in Emmetten im Rahmen der Stammtisch-Tour am frühen Abend vor dem Podium.

Die fünf mögen das Siebnermodell

Bisherige Auch jene fünf Regierungsräte, welche sich der Wiederwahl stellen, standen am Podium vom Montagabend Rede und Antwort, zumindest bei den meisten Themen. «Wir haben in der Regierung abgemacht, dass wir uns dazu nicht äussern», war die knappe Antwort von SVP-Regierungsrat Res Schmid (60), angesprochen auf die No-Billag-Initiative. Dafür zog der amtsjüngste Regierungsrat Josef Niederberger (CVP, 61) ein erstes Fazit nach zwei Jahren. Er hatte in der Ersatzwahl für den zurückgetretenen Regierungsrat Hans Wicki (FDP) das Rennen gemacht. «In der Politik läuft es anders als in der Privatwirtschaft», lautet das Fazit des ehemaligen Inhabers einer Holzbaufirma. «In der Politik kann man nicht handeln, ohne dass die Entschiede abgestützt sind.»

Auch diese Runde äusserte sich zum Thema Verkleinerung der Regierung. «Sieben Regierungsräte mit einem 80-Prozent-Pensum sind eine gute Lösung», wisse er aus eigener Erfahrung. «So kann ich im 20-Prozent-Pensum noch den Sohn im Geschäft unterstützen», hielt Niederberger fest. Auch Othmar Filliger (CVP, 52) sieht in dieser Frage keinen Handlungsbedarf. Die bestehende Lösung sei gut. «Ich war seinerzeit ein schwerer Befürworter eines Fünfergremiums», erinnerte sich der SVP-Regierungsrat und ehemaliger Landrat Res Schmid zurück. «Mittlerweile habe ich mit dem Siebnermodell gute Erfahrungen gemacht. Es ist gut so, mit den Verbindungen ins Gewerbe.»

Auch Karin Kayser (CVP, 51) sieht beim jetzigen System Vorteile: «Wir sind extrem nahe bei den Leuten.» Das wäre bei einer Verkleinerung der Regierung nicht mehr in dieser Masse möglich. Kann man mit weniger Regierungsräten Kosten senken? Die Frage ging an Finanzdirektor Alfred Bossard (FDP, 61).

«Nein», lautete seine Antwort, «es wäre ein Nullsummenspiel.»

Auch verkehrspolitische Themen wurden angesprochen – mit dem Blick über die Kantonsgrenze. Den geplanten Bypass zwischen Luzern und Kriens brauche es. Dafür gebe es keine Alternative, hiess es unisono. Res Schmid ging sogar noch weiter: «Der Bypass hat gegenüber dem unterirdischen Durchgangsbahnhof in Luzern Priorität.» Und auf die Idee einer doppelstöckigen Autobahn in Nidwalden angesprochen, meint er, dies wäre etwas Neues, es bräuhete nicht mehr Platz und würde auch die Landschaft nicht verschandeln. Baudirektor Josef Niederberger hofft, dass sich das Verkehrsproblem, vor allem am Sonntagabend, mit einer dritten Autobahn-Fahrspur in Richtung Norden entschärft. Mit den Hergiswiler Landräten und dem Bund wolle man die weiteren, grösseren Projekte weiterverfolgen. Für Karin Kayser ist das Verkehrsproblem in Nidwalden mit dem Bypass nicht gelöst. Sie denke dabei etwa an die Achse Engelberg-Stans. «Kreative Ideen sind gefragt, auch von Tourismusanbietern. Das wissen alle, die die Kantonsstrasse an einem Sonntagabend befahren.»

Wer soll über neue Kampfflugzeuge abstimmen? Soll das Volk über die Beschaffung von Armeeflugzeugen entscheiden, wie von SVP-Kreisen gefordert? Testpilot Res Schmid äusserte sich differenziert. «Grundsätzlich ist es bei Flugzeugen, auch wenn sie Milliarden kosten, dasselbe wie bei Gamellen oder Gewehren, es ist Materialbeschaffung für die Armee, damit sie ihren Auftrag ausführen kann.» Man solle das Vertrauen in die Institutionen haben. «Aber vor einem Volksentscheid fürchte ich mich nicht, wenn die Arbeit im Vorfeld richtig aufgeleitet wur-

de.» Auch Karin Kayser fand, dass das Volk nach Möglichkeit entscheiden soll, auch wenn es schwierig sei, ein einzelnes Teil in einem solch komplexen System wie der Armee separat zu betrachten, gab sie zu bedenken. «Es braucht den Rückhalt in der Bevölkerung», meinte auch Volkswirtschaftsdirektor Othmar Filliger. «Das Volk soll abstimmen, auch wenn das Thema komplex ist», äusserte sich Filliger. Alfred Bossard ist der Ansicht, dass eine Beschaffung von Flugzeugen eine Ersatzbeschaffung der Armee sei. Im Rahmen des Budgets sollten die Fachleute entscheiden. «Wir haben ja gesagt zur Armee. Die Fachleute sollen entscheiden, was wichtig für die Armee ist. Ob wir als Bürger fähig sind, zu entscheiden, ob es Infanterie oder Flugzeuge braucht, ist relativ schwierig abzuschätzen.»

Kritisch gegenüber Öffentlichkeitsprinzip

In Solothurn, dem Heimatkanton von Karin Kayser, sind die Regierungsratssitzungen öffentlich. Wäre das für den Kanton Nidwalden auch ein Modell? «Es ist machbar, man müsste einfach das System ändern, um den Persönlichkeitsschutz zu wahren», meinte Kayser. «Meine mehr oder weniger gepfefferten Aussagen darf man alle hören», blickte Res Schmid auf seine fast acht Jahre in der Regierung zurück. «Wollte man das Öffentlichkeitsprinzip anwenden, kämen viele Fragen der Umsetzung auf uns zu», äusserte sich Othmar Filliger. Auch Josef Niederberger ist von der Idee nicht angetan. «Was mit dem jetzigen System veröffentlicht wird, ist öffentlich genug.» Dieser Meinung schloss sich auch Alfred Bossard an.

Matthias Piazza